

sätzliche Einnahme für ihre Haushalte versprechen. Sie sind die letzten fünf Jahre durch die kommunalen Haushalte räubern gegangen. Insofern ist das auch eine zukünftige zusätzliche Perspektive für den einen oder anderen zusätzlichen kommunalen Euro.

Dass das nicht parteipolitisch so eindeutig zuzuordnen ist, macht auch ein Kollege von der FDP deutlich, beispielsweise in der Gemeinde Lichtenau im Kreis Paderborn. Dort ausgerechnet hat die FDP zum Umdenken in der Windenergie aufgerufen. Durch Repowering und die Genehmigung des Windparks Hassel könne die Stadt erhebliche Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erwarten, sagt der Kollege der FDP in Lichtenau. Das Landschaftsbild, so der dortige FDP-Fraktionsvorsitzende, werde verbessert, da weniger Windenergieanlagen mit doppelter Leistung installiert werden.

Genau das, Herr Abruszat, wollen wir. Wir würden uns wünschen, dass Sie genauso wie der Kollege in Lichtenau aus Ihren Gräben herauskommen und wir genau das machen können. In diesem Sinne würde ich mir Ihre Unterstützung wünschen – für das Land und für die Arbeitsplätze und für die Umwelt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister Rimmel. – Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1323 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Offensichtlich alle Fraktionen. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

8 Leiharbeit im BLB beenden!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1307

Die Beratung eröffnet für die antragstellende Fraktion Frau Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der Aktionstag der Gewerkschaften gegen Leiharbeit. Ich

und meine Fraktion sind solidarisch mit den Gewerkschaften und ihren Forderungen.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Antrag zu betrachten. Diesmal geht es um den BLB. Allein die heutigen Überschriften in den Zeitungen machen deutlich, dass beim BLB einiges im Argen liegt. Einige Überschriften von heute lauten: „NRW-Korruptionsaffäre weitet sich aus“, „Fahndung rund um BLB ausgedehnt“ und „Bauskandal wird Millionen kosten“.

Zum Landesarchiv in Duisburg selbst hatten wir ja bereits eine Aktuelle Stunde beantragt. Nun kommen sogar weitere Skandale des BLB hinzu.

Dies sind aber auch nur die Probleme, die derzeit in den Medien behandelt werden.

In unserem Antrag gehen wir noch auf einen weiteren Punkt, ein weiteres Problem im BLB ein.

Meine Damen und Herren, seit 2006 sind 454 Stellen beim BLB abgebaut worden. Gleichzeitig sind in diesem Zeitraum die Bauausgaben um über 500 Millionen € gestiegen. Somit haben die Aufgaben des BLB massiv zugenommen. Jedem Menschen sollte eigentlich ersichtlich sein, dass das nicht zusammenpasst. Wenn ein Unternehmen mehr Aufträge hat, baut es nicht kontinuierlich Stellen ab. Das war aber die Vorgabe der Landesregierung und musste umgesetzt werden. Bis 2016 sollen sogar weitere kw-Vermerke in Höhe von 298 Stellen realisiert werden.

Wenn für zusätzliche Aufgaben im BLB kein Personal zur Verfügung steht, wird sich anderweitig umgeschaut. Dabei ist im BLB ein einfacher Buchungstrick angewandt worden. Weil kein Geld für Personal zur Verfügung steht, sind Menschen ausgeliehen worden und als Sachausgaben deklariert worden. Geht es eigentlich noch menschenverachtender, meine Damen und Herren?

(Beifall von der LINKEN)

Herr Walter-Borjans, heute auf dem Aktionstag und überhaupt fragt ver.di zu Recht: Würden Sie Ihre Kinder ausleihen?

Ich frage Sie, Herr Minister: Wollen Sie ausgeliehen werden und dann noch als Sachkostenfaktor ausgewiesen werden?

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das alles geschieht unter einer Regierung, in dessen Kabinett Herr Schneider als ehemaliger DGB-Landeschef sitzt. Das ist eine Schande.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, gegen die Sklaventreiber der Leiharbeitsfirmen läuft gerade ein Aktionstag der Gewerkschaften, den wir natürlich als Linke ohne Wenn und Aber unterstützen.

(Beifall von der LINKEN)

Und was macht die Landesregierung, während die Gewerkschaften draußen gerade gegen die Leiharbeit protestieren? Sie holt sich die Sklaventreiber in die landeseigenen Betriebe.

Heute Morgen hat Herr Schneider einen schönen Satz gesagt. Er hat gesagt: Er ist gegen die Ersetzung von regulär Beschäftigten durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

(Zuruf von der LINKEN: Hört, hört!)

Wenn Sie das ernst meinen, sollten Sie eigentlich froh über unseren Antrag sein und dies umgehend durchsetzen.

(Beifall von der LINKEN)

Stattdessen hat die SPD gerade im Vermittlungsausschuss noch einmal gezeigt, auf wessen Seite sie im Zweifelsfall steht.

(Heike Gebhard [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Der IG-Metall-Vizechef hat heute in einem Interview in der „NRZ“ eines ganz deutlich gesagt. Ich zitiere:

„Das Verhalten der SPD ist beschämend. Ein Mindestlohn von 7,60 € im Westen zementiert nur die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse.“

(Beifall von der LINKEN)

Herr Schneider, zeigen Sie, was Sie sind. Sind Sie wirklich auf der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Der Kollege Wetzels hat heute dazu eine ganz klare Meinung geäußert. Ich und meine Fraktion schließen uns der Meinung unseres Gewerkschaftskollegen an.

Meine Damen und Herren, mittlerweile werden 180 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter von dem Unternehmen ausgeliehen. Ja, Herr Minister Walter-Borjans, Sie hören richtig: Es sind 180 und nicht 118, wie Sie es in der Vorlage 15/311 behaupten.

Gestern hat der „Fachbereich Bund & Länder NRW“ bei der Gewerkschaft ver.di noch einmal ganz deutlich herausgearbeitet, dass Sie hier eine Falschaussage gegenüber dem Ausschuss getätigt haben. Die ver.di-Landesfachgruppe „Bau- und Liegenschaftsmanagement“ spricht hier von arglistiger Täuschung und gibt dem Finanzministerium die Schulnote 6.

Wozu Sie, meine Damen und Herren, gar nichts sagen, ist der Qualitätsverlust beim BLB aufgrund dieser Politik. Mittlerweile müssen Fremdfirmen eingesetzt werden, um die Qualität zu überprüfen, und das Absurdeste an dieser Politik ist, dass insgesamt nicht einmal mehr Geld gespart wird. Leiharbeitsagenturen bekommen für jede Verleihung eine Provision, und Fremdfirmen werden zur Qualitätskontrolle eingesetzt.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Demirel, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Dadurch kostet die Verleihungspraktik das Land mehr, als wenn weiter regulär Beschäftigte eingesetzt würden.

Für Die Linke ist Leiharbeit moderne Sklaverei und sollte grundsätzlich abgeschafft werden.

(Beifall von der LINKEN)

Ich fordere Sie von der Regierungsbank auf: Machen Sie einen Anfang beim BLB. Hören Sie auf, Steuergelder zu verschwenden. Hören Sie auf, Menschen zu verleihen.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Demirel. – Für die CDU spricht jetzt Herr Preuß.

Peter Preuß (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ausweislich des Geschäftsberichts des Bau- und Liegenschaftsbetriebs für 2009 – der für 2010 liegt noch nicht vor – ist es mitnichten so, wie es gerade vorgetragen und in dem Antrag der Linken zum Ausdruck gekommen ist.

Zwar gab es ausweislich des Berichts Ende 2009 32 Vollbeschäftigte weniger als 2008. Um aber das von Schwarz-Gelb Ende 2008 beschlossene Hochschulmodernisierungsprogramm des Landes NRW und das Konjunkturprogramm des Bundes realisieren zu können, sind im Haushaltsplan 2010 150 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Dafür wurden Stellenstreichungen verschoben und neue Stellen geschaffen.

Das Hochschulmodernisierungsprogramm mit einer Investitionssumme von 1,3 Milliarden €, wie Sie sagen – meines Wissens sind es bis 2015 zusätzlich 2 Milliarden € –, und darüber hinaus das Konjunkturprogramm des Bundes sind zudem gute Beispiele dafür, dass Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können.

Man könnte nun den Eindruck gewinnen, dass der landeseigene Bau- und Liegenschaftsbetrieb dabei erwischt worden sei, das Instrument der Leih- und Zeitarbeit missbräuchlich anzuwenden. Unter Kosten- und Einspardruck würden Arbeiten fremdvergeben und Leiharbeiter zu schlechteren Bedingungen eingestellt. Ich frage einmal: Ohne Tarifvertrag?

Der Antrag enthält jedenfalls keine substantiellen Hinweise darauf, dass Missbrauch betrieben wird. Im Übrigen sind auch keinerlei Bereiche genannt, die man hätte überprüfen können.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Prekäre Beschäftigung!)

Es ist nicht erkennbar, dass dieser Antrag zum Thema „Leiharbeit beim BLB“ etwas mit den vielfach diskutierten prekären Beschäftigungsverhältnissen zu tun hat. Nach den Erklärungen des Ministers Schneider von heute Morgen anlässlich der Hartz-IV-Diskussion ist von missbräuchlicher Ausnutzung der Leih- und Zeitarbeit beim BLB wohl auch nichts bekannt.

Im Grunde beschreibt der Antrag eine Situation, die für die Zeit- und Leiharbeit geradezu klassisch ist: dort, wo es Sinn macht, auf Zeitarbeit zurückzugreifen, und zwar insbesondere dann, wenn sie dazu dienen soll, Arbeitsspitzen abzubauen.

(Zuruf von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Wenn das so ist und wenn man davon ausgehen darf, dass der BLB auch zukünftig durch Investitionsprogramme die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen gewährleisten kann, würde sich insbesondere für Zeitarbeiter und möglicherweise auch für frühere Arbeitslose, die in der Zeitarbeit beschäftigt sind, auch weiterhin die Chance ergeben, über die Zeitarbeit in eine feste Anstellung zu kommen. Das ist ein Aspekt, den man in der Diskussion nicht vernachlässigen darf und der hier in diesem Hause auch stets vorgetragen worden ist. Ich darf daran erinnern, dass 60 % der in der Leiharbeit Beschäftigten vorher arbeitslos waren.

Investitionsprogramme und die Aktivitäten des BLB kommen der Wirtschaft, der Baubranche, dem Handwerk, den freien Berufen und schließlich auch den Menschen, die in den neu geschaffenen Einrichtungen arbeiten werden, zugute.

Es ist im Übrigen sinnvoll und richtig, ja sicher auch geboten, dass sich der BLB zu der eigenen Leistung Qualität, Fachlichkeit und vor allem Spezialisierung extern einkauft. Wer sagt eigentlich, dass sich die Qualität der Leistungen verschlechtert hat?

CDU und FDP haben genau den richtigen Weg eingeschlagen. Er führt zur nachhaltigen Verbesserung der Infrastruktur des Landes und damit zu einer Verbesserung der Beschäftigungssituation auf dem Arbeitsmarkt. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Weg weiterzugehen.

Dazu gehört auch die Haushaltskonsolidierung, um die Sie nicht herumkommen werden. Denn sie ist die Voraussetzung dafür, dass Sie in Zukunft handlungsfähig bleiben. Im Augenblick tun Sie – wie vor 2005 – alles, um das Land in die Handlungsunfähigkeit zu treiben.

Den Linken geht es ausschließlich darum, Kosteneinsparungen zu verhindern, Stellenabbau zu beenden, kw-Vermerke zu streichen und Stellenplanausweitungen vorzunehmen – und das alles ohne Konzept, ohne Sinn und Verstand für Notwendigkeiten und einfach nur so, weil es in die sozialistische Schublade passt.

Ich frage die Landesregierung, ob dies auch ihr Konzept ist. Jedenfalls wünsche ich der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen viel Spaß und Glück dabei, wenn sie unter diesen von den Linken formulierten Voraussetzungen Haushaltskonsolidierung betreiben will oder nach der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs im März sogar betreiben muss. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Preuß. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Bischoff.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verdienst des Unterausschusses „Personal“, Frau Demirel, ist es – so hat man mich jedenfalls bei meinen Recherchen informiert –, das Thema aufgeworfen zu haben. Im Unterausschuss „Personal“ – übrigens unter sozialdemokratischem Vorsitz – ist also das Thema „Leiharbeit im BLB“ aufgegriffen worden. Dafür, um es deutlich zu sagen, bin ich dankbar. Ich bin auch dankbar, dass wir es hier behandeln. Das ist das Verdienst Ihrer Fraktion, die diesen Antrag eingebracht hat.

Ein Teil des Problems haben wir jedoch geerbt; das hat Herr Preuß gerade in seiner verteidigenden Rede belegt. Auch Sie haben gesagt, dass im Jahre 2006 noch einmal abgebaut worden sei. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie dies in Ihrer Rede etwas differenzierter dargestellt hätten. Sie schimpfen eigentlich nur auf die Sozialdemokraten. Auf diejenigen, die uns dieses Problem vererbt haben, haben Sie jedoch relativ wenig geschimpft. Aber das ist nicht entscheidend, um es ganz klar zu sagen.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Bei denen ist die Hoffnung eh verloren!)

Ich habe den heutigen Vormittag nicht vergessen. Wenn Frau Conrads noch neben Ihnen säße, könnte sie Ihnen sagen, dass ich die heutige Demonstration gegen Leiharbeit in Duisburg im Vorfeld organisiert habe. Bezüglich Solidarität der Gewerkschaften bin ich also ganz vorne dabei. Da bekommen wir also kein Problem miteinander.

Ich finde es richtig, dass wir die Sache verfolgen. Selbstverständlich habe ich im Vorfeld Gespräche mit dem Finanzministerium und dem BLB geführt. Einige Auskünfte waren plausibel, andere weniger nach meiner Einschätzung. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir dieses Thema im Ausschuss weiter behandeln und vertiefen. Ich bin auch dafür, dass wir das in begleitenden Ausschüssen tun, also im Unterausschuss „Personal“, möglicherweise auch – ich habe bereits mit meinen Kollegen gesprochen, dass wir das tun – im Haushalts- und Finanzausschuss.

Es ist in der Tat so, dass wir uns selber prüfen müssen. Herr Minister Schneider hat es ja heute Morgen ebenfalls dargestellt; Sie haben es aufgegriffen. Das werden wir auch tun. Die beanstandete Tendenz und die Entwicklung sind nicht positiv. Wir wollen das ändern. Deswegen stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu. Dort sollten wir uns gemeinsam des Themas annehmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Bischoff. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema „Leiharbeit“ hat uns bereits heute Morgen intensiv beschäftigt. Unsere Fraktion hat deutlich gemacht, dass Leiharbeit stärker reguliert werden und dem Ursprungssinn, Auftragsspitzen abzufangen und Krankheitsfälle aufzufangen, wieder entsprechen muss. Das macht deutlich, dass wir nicht grundsätzlich gegen das Instrument Leiharbeit sind; aber wir wollen Missbrauch, Lohndumping und den Abbau von Stammpersonal vermeiden.

Gerade bei landeseigenen Betrieben sehen wir eine besondere Verantwortung, beim Einsatz von Leiharbeitern genauer hinzusehen. Dies hat Herr Minister Schneider schon heute Morgen deutlich gemacht, und er hat darauf hingewiesen, dass alle landeseigenen Einrichtungen überprüft werden.

Die im Antrag der Linken genannten Zahlen sind für uns nicht in allen Punkten nachvollziehbar. Auch den Vorschlag, die Eigenleistungsquote pauschal auf 80 % zu erhöhen, scheint uns zu undifferenziert. Dennoch teilen wir die Auffassung, genau zu prüfen. Wir müssen uns mit der Situation beim BLB und bei den anderen landeseigenen Betrieben beschäftigen. Wir wollen insbesondere prüfen, welche Fachkräfte mit welchen Qualifikationen über das Instrument der Leiharbeit beschäftigt werden, in welchen Bereichen sie zum Einsatz kommen, ob nicht Personallücken durch reguläre Beschäftigungsverhältnisse geschlossen werden könnten, wann Auftragsvolumen zurückgeht und wann die Anzahl der knapp 10 % externen Arbeitskräfte im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung und befristeten Arbeitsverhältnissen im BLB reduziert werden kann. Es gilt, die Leiharbeit im BLB auf das erforderliche und wirtschaftlich notwendige Maß zu beschränken.

In diesem Sinne stimmen wir der Überweisung in den Fachausschuss zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Maaßen. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Die Linken haben sich mit ihrem Redebeitrag verraten, indem sie Zeitarbeit als moderne Sklaverei generell diskriminiert haben. Sicher gibt es auch Missbrauch im Bereich der Zeitarbeit, den wir nicht tolerieren. Als Freie Demokraten sprechen wir uns strikt dagegen aus. Aber die Zeitarbeitnehmer generell zu verunglimpfen – das ist ja eine Stigmatisierung, die Sie hier gemacht haben –, das steht Ihnen nicht gut an. Auch Zeitarbeitnehmer machen gute und ehrliche Arbeit. Das, was sie hier gesagt haben, diskriminiert, stigmatisiert. Das haben Zeitarbeitnehmer nicht verdient.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Inwiefern der Finanzminister bezüglich der Zeitarbeitnehmer im BLB falsche Zahlen hat oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Ich bin natürlich auf die Stellungnahme gespannt.

Was die Forderungen in Ihrem Antrag an die Landesregierung angeht, können wir Sozialpolitiker nicht abschließend beurteilen, ob das sinnvoll ist oder nicht. Ich glaube nicht, dass der Sozialausschuss beschließen kann, inwieweit Stellen im BLB notwendig oder nicht notwendig sind. Sie sagen, die Qualität der Arbeit im BLB leidet unter der Zunahme des Anteils an Fremdpersonal. Auch da ist wieder eine Stigmatisierung der Zeitarbeitnehmer mit drin. Daneben wollen Sie den Anteil der Fremdvergaben auf 20 % reduzieren. Da frage ich – insgesamt ist Fremdpersonal schlecht, aber 20 % sind für Qualität doch gut –, wie Sie diese Qualität messen.

Für mich sind also noch viele Fragen offen. Ich halte eine Überweisung zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss für nicht zielführend. Der Bericht stammt ja aus dem Unterausschuss „Personal“. Wenn, dann sollte man dort beraten, wo die parlamentarische Kontrolle dieses Bau- und Liegenschaftsbetriebs stattfindet, und das ist sicher nicht der Sozialausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Demirel, ich beantworte Ihnen direkt die erste Frage, die Sie gestellt haben: Nein, ich würde meine Kinder nicht verleihen, ich würde sie aber auch nicht unbefristet abgeben.

(Heiterkeit von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Ich glaube, die Antwort zeigt schon, dass der Vergleich ein bisschen hinkt. Und nicht alles, was hinkt, ist schon ein Vergleich. Deswegen sollten wir an dieser Stelle dafür sorgen, dass wir uns ein Stück der Sache widmen und überlegen, worum es da geht.

Für uns gilt der Grundsatz: Menschen sollten, wo immer möglich und vertretbar, unbefristet und mit einem anständigen auskömmlichen Einkommen ausgestattet in einem direkten Beschäftigungsverhältnis ihre Arbeiten finden.

Auf der anderen Seite – das ist selbst in den Stellungnahmen von Gewerkschaftern deutlich geworden – ist ein Puffer, mit dem man Beschäftigungsunterschiede ausgleichen kann, eine absolut akzeptierte Angelegenheit, wenn sichergestellt ist, dass diese Beschäftigungsverhältnisse anständige Beschäftigungsverhältnisse sind. Ich kann nur wiederholen, was hier eben schon gesagt worden ist: Damit sollte kein Missbrauch und kein Lohndumping betrieben werden, und am Ende sollten diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die da ihren Stammplatz haben können, haben sollen und vielleicht auch haben, nicht durch schlechter bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ersetzt werden.

Als Nächstes will ich Folgendes deutlich machen: Die Zahl von Menschen, die über Zeitarbeitsfirmen in den Bau- und Liegenschaftsbetrieben kommen, beträgt 118, nicht 180. Genau genommen lag sie am 31. Dezember 2010 bei 118.

Wie kommt man jetzt auf die Zahl 180? Das kann ich aufklären; da sind nämlich Zahlen durcheinander geworfen worden.

Neben den 118 – im Übrigen sind es am 15. Februar 125 – Menschen, die durch Arbeitnehmerüberlassung in den BLB gekommen sind, gibt es weitere 53 externe Kräfte, die von anderen Firmen in den BLB gekommen sind. Dabei handelt es sich im Übrigen sogar um verbeamtete Personen, beispielsweise um Personen, die über Vivento beim BLB angelandet sind. Es handelt sich außerdem um hochbezahlte Personen, die zum Beispiel das Projekt „Digitalfunk Polizei“ begleiten. Ende des Jahre 2010 sind es insgesamt 58 gewesen, 53 werden es Mitte Februar 2011 sein. Die Zahl, die Sie hinzugezählt haben und die im Übrigen auch im Flugblatt von ver.di hinzugezählt worden ist, betrifft befristete Arbeitsplätze, befristete Beschäftigungsverhältnisse, die direkt beim BLB zu den dortigen tariflichen Bedingungen arbeiten. Das sind keine von anderen Firmen zur Verfügung gestellten Personen.

Im Übrigen möchte ich auch noch auf Folgendes hinweisen: Diejenigen, die über diese Zeitarbeitsfirmen zum BLB gekommen sind – darauf achtet auch der BLB –, sind Personen, die unter tariflichen Bedingungen angestellt sind.

Ich will damit nicht das aufheben, was heute Morgen schon im Zusammenhang mit den Diskussio-

nen, die wir auch im Vermittlungsausschuss hatten, angesprochen worden ist. Wir wollen Equal Pay, wir wollen, dass es anständige Arbeitsbedingungen gibt. Wir haben unter den jetzt geltenden Umständen darauf geachtet, dass die Tarife eingehalten sind. Hier werden Zahlen durcheinandergeworfen. Wir werden auch dafür sorgen müssen – das ist eben angesprochen worden, als es um Hochschulbau oder Konjunkturprogramme ging –, dass bestimmte Bereiche aufgebaut oder wieder abgeschmolzen werden.

Ja, Sie haben recht: Es gibt eine ganze Reihe fragwürdiger Ereignisse um den BLB herum, die im Moment in den Medien stehen. Das ist Anlass genug, dies alles einer tiefergehenden Untersuchung zu unterziehen. Das habe ich an dieser Stelle im Zusammenhang mit dem Archiv in Duisburg auch schon gesagt. Wir sind dabei, hier eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, eine Strukturuntersuchung durchzuführen. Ich bin sehr daran interessiert, dass da alles auf den Prüfstand gestellt wird. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, in welchem Ausmaß und zu welchem Anteil welche Art von Beschäftigung sinnvoll und richtig ist.

Insofern finde ich es völlig in Ordnung, dass im Ausschuss noch einmal ausgiebig darüber diskutiert wird. Wo immer wir dazu etwas beitragen können, werden wir das tun. Die Zahlen, die wir genannt haben, sind hieb- und stichfest. Es sind keine verfälschten Zahlen. Man muss sie nur richtig interpretieren, weil es sich um drei verschiedene Beschäftigungsverhältnisse handelt, die sie hier durcheinandergeworfen haben.

Wenn wir dazu Aufklärung leisten können, tun wir das gerne im Ausschuss und können dort auch gern weiter diskutieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Minister.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 15/1307** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Das ist einstimmig. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Zukunft der EU-Strukturpolitik für Nordrhein-Westfalen sichern – Nordrhein-Westfalen muss wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzen